TAGUNG INNENSTADT 2014

Weniger ist mehr_Qualität ohne Wachstum?
10. und 11. April 2014 in der Stroetmanns Fabrik in Emsdetten

ZUM HINTERGRUND

Tagung Innenstadt 2014

Die Tagung Innenstadt des Netzwerk Innenstadt NRW fand zum fünften Mal am 10. und 11. April 2014 in Emsdetten statt. Und für viele kommunale Vertreter hat diese Veranstaltung bereits einen festen Platz im Kalender des Jahres. Neben den städtischen Akteuren und Planern nahmen auch Experten von Infrastrukturplanungen, Architekten, Beratungsbüros, Soziologen sowie Schriftsteller teil und prägten damit die Diskussionen der Innenstadtentwicklung nachhaltig.

Die Tagung stand unter dem Motto „weniger ist mehr_ Qualität ohne Wachstum?“. Sie lenkte den Blick auf die zukünftigen Herausforderungen des demografischen, wirtschaftlichen und nachhaltigen Wandels der Innenstädte und stellte die zentrale Zukunftsfrage: Wie verändern sich unsere urbanen Räume vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Gesellschaft? Das allgemeine Wachstum ist schon seit längerer Zeit an einem Wendepunkt angekommen, so dass von einer Zunahme der Wirtschaftskraft sowie eine immer weiter wachsende Bevölkerungszahl nicht auszugehen ist. Wachstum und Schrumpfung sind parallel verlaufende Prozesse, mit denen sich die Kommunen zukünftig auseinandersetzen müssen.

Am ersten Tag gab Helmuth Berking von der TU Darmstadt seine Einführung zum Tagungsthema: „Innenstädte zwischen Schrumpfung und Wachstum“. Er beschrieb die sogenannte Last der Erwartung an die Innenstädte. Innenstädte sind laut Berking nicht nur als multifunktionale Verdichtungsräume, sondern vor allem als lebensweltliche Ressourcen von besonderem Interesse. Sie sind ausgezeichnete Orte, an denen sich Menschen jenseits von Klasse und Stand begegnen können. Anschließend wurden drei Exkursionen in die umliegende Region organisiert, die die verschiedensten Projekte einer integrierten Innenstadtenwicklung darstellten. Der zweite Tag setzte sich nach einem einführenden Vortrag zum Wandel der Innenstädte von Sabine Baumgart mit folgenden zwei Schwerpunkten auseinander:

„Weniger ist mehr_multifunktionale Infrastruktur“.
Wie kann die Multifunktionalität in den Innenstädten gestärkt werden? Was sind die Infrastrukturen von morgen? Was heißt die Konzentration auf das Wesentliche für die Daseinsvorsorge?

„Weniger ist mehr_miteinander“.
Welche Rolle spielt Partizipation in Zukunft, um die innerstädtischen Funktionen zu sichern? Wie werden Partizipationsprozesse zukünftig gestaltet? Wie können Kommunen zusammenarbeiten, Akteure motiviert und Bürgerengagement gefördert werden?

Zu diesen Fragestellungen hörten die Teilnehmer der Tagung Innenstadt Fachvorträge, Beispiele zu Abriss und Inwertsetzungen sowie neue Projektansätze. Die Dokumentation spiegelt diese verschiedenen Vorträge, Darstellungen und Ansätze in komprimierter Form wider.

Im Rahmen der Tagung Innenstadt 2014 wurden zudem die Sieger des Landeswettbewerbs „Ab in die Mitte! Die City-Offensive NRW“ 2014 von Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW, ausgezeichnet.

Als kleine Gesprächsinseln während der Tagung fanden Runden zum Austausch der Tagungsteilnehmer und der Referenten auf dem Podium statt. Die Fragen des Publikums wurden via einer Twitter-Wall an die Leinwand geworfen, die damit für jeden einsehbar waren. Abschließend resümierte der Schriftsteller Burkhard Spinnen aus Münster über unsere Ängste vor leeren Städten bzw. Geisterstädten.

INHALT

Hintergrund S. 02
Tagung Innenstadt 2014

Georg Moenikes, Bürgermeister S. 06
Begrüßung

Ulrich Paßlick S. 08
Einführung

Prof. Dr. Helmuth Berking S. 10
... zwischen Schrumpfung und Wachstum

Prof. Dr. Sabine Baumgart S. 16
Wie wandelbar ist die Innenstadt?

Axel Koschany S. 20
Die neue Innenstadt

Astrid Linn S. 22
Umbau der HERTIE Immobilie

Dr. Dag Schulze S. 24
Smart City

Interview mit Michael Groschek S. 26
Weniger und Mehr!

„Ab in die Mitte"! 2014 S. 28
Preisverleihung

Dr. Dirk Scheer S. 34
Dialog und Partizipation

Dr. Babette Nieder S. 36
Zwei Städte – Eine Strategie

Die Urbanisten S. 38
Zwischen Leerstand und Urbanen Oasen

Burkhard Spinnen S. 40
Die Geisterstadt

Exkursionen der S. 44
Tagung Innenstadt 2014

Impressum S. 46

BEGRÜSSUNG

DER EMSDETTENER WEG

Georg Moenikes, Bürgermeister der Stadt Emsdetten

Emsdettens Bürgermeister Georg Moenikes begrüßte die Teilnehmer der Tagung und beschrieb den vorangegangenen Tag mit den Exkursionen und dem Abendempfang als gelungene Bausteine. Er verwies auf den Tagungsort, die ehemalige Textilfabrik, die in den 1990er Jahren zu einem Bürger- und Veranstaltungszentrum umgebaut worden ist. „Man fragt sich heute, wie man vorher Veranstaltungen wie diese in Emsdetten überhaupt durchgeführt hat." Dies sei einer der ersten Impulse für die Umgestaltung der Emsdettener Innenstadt, „nämlich eine solche brachliegende oder brachfeine Textilfabrik, die hier die Arbeit aufgegeben hat, wieder zu aktivieren".

Moenikes sprach über den Emsdettener Bahnhof, den es „weder in Deutschland, noch anderswo so gibt". Das Land Nordrhein-Westfalen hat Emsdetten bei der Umsetzung dieses Projektes sowohl finanziell als auch bei den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG umfangreich unterstützt. Als im Jahre 1999 ein Architektenwettbewerb zum Umbau des Bahnhofes durchgeführt wurde, seien zwei grundlegende Ziele verfolgt worden: „Wir wollten erstens den Bahnhof nicht nach dem Baukastensystem der Deutschen Bahn AG umbauen und zweitens eine städtebauliche und gleichzeitig eine architektonische Qualität erreichen".

Jedoch haben laut Moenikes die zahlreichen Baumaßnahmen, die in der Innenstadt und am Bahnhof durchgeführt wurden, „noch immer nicht zu dem beigetragen, was wir als Qualität in Emsdetten verlangen." Die Stadt Emsdetten soll sich zukünftig weiter entwickeln, um in der Städtekonkurrenz im Umland mithalten zu können. „Außerdem wollen wir dem Online-Handel, der immer mehr Umsatz abzieht und dazu beiträgt, dass wir immer mehr Ladenleerstände zu verzeichnen haben, etwas entgegensetzen."

Bürgermeister Moenikes beschreibt den „Aktivierungsprozess Emsdetten, der eingeleitet wurde, um Eigentümer, Investoren und die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen." Diese Zielgruppen sollen an diesem Prozess teilhaben und eine qualitätsvolle Entwicklung in unserer Stadt gemeinsam mitgestalten. Es ist wichtig für ihn, keine neuen Zentren entstehen zu lassen und dort zusätzliche Verkaufsflächen zu schaffen, „sondern sinnvolle Ergänzungen in der Innenstadt zu realisieren, um damit vorhandenes Immobilienpotenzial zu aktivieren". Dies sei jedoch sehr schwierig, „da der Bürger nicht nur Konsument, sondern mitunter auch Eigentümer ist". Diese Doppelrolle gestaltet sich oftmals in der Praxis problematisch. Man solle nicht glauben, das Rad immer neu erfinden zu müssen, sondern er fordert auch auf, an den Erfahrungen der anderen zu partizipieren, um eigene Impulse zu setzen. In diesem Sinne ist er der Meinung, dass nur ein Netzwerk weiterhelfen und alle voranbringen kann.

Georg Moenikes sprach zum Abendempfang über den Emsdettener Weg und begrüßte morgens zur Tagung die Teilnehmer in der Stroetmanns Fabrik.

EINFÜHRUNG

FACHLICHE DISKUSSIONEN ÜBER NEUE ANSÄTZE FÜR DIE INNENSTÄDTE

Ulrich Paßlick, Vorsitzender des Netzwerk Innenstadt NRW

Nach der Anmoderation durch die Journalistin Anne Legat begrüßte der Vorsitzende des Netzwerk Innenstadt NRW, Ulrich Paßlick, das Publikum. Paßlick bedankte sich für das zahlreiche Erscheinen und wies darauf hin, dass dies bereits die fünfte Tagung seit der Entstehung des Netzwerk Innenstadt NRW sei und es sich von daher um ein kleines Jubiläum handelt.

Paßlick unterstrich, dass heute mehr Menschen in den Städten als auf dem Land leben, und die Akteure gut beraten sind, sich intensiv mit den Städten und ihren Kernen auseinanderzusetzen. Er ergänzte, dass es aber ein unaufhaltsames Wachstum aller Städte wie in den 60ern und 70ern längst nicht mehr gibt. Heutzutage,

fuhr er fort, seien Wachstum und Schrumpfung zwei – teilweise in derselben Stadt – parallel ablaufende Prozesse. Gemeinsam mit dem Stadtentwicklungsministerium NRW, den Partnern aus dem Städtetag NRW und dem Städte- und Gemeindebund NRW wolle man daher der Kernfrage nachgehen: „Wie gestalten sich Qualitäten in unseren Innenstädten, wenn wir zukünftig Wachstum in der einen Region prognostizieren und es gleichzeitig mit Schrumpfungsprozessen an anderen Stellen zu tun haben?“

Ziel der Tagung ist es, die unterschiedlichen Ansprüche und Anforderungen an die Entwicklungen in unseren Städten und Gemeinden im Kontext mit einer integrierten Innenstadtentwicklung darzustellen und eine fachliche Diskussion über neue Ansätze darüber zu führen. Der Blick müsse vor diesem Hintergrund auch auf den infrastrukturellen Wandel in den Kommunen gerichtet werden. Aufgrund vieler Veränderungen im Alltag gelte es, sich auf das zu konzentrieren, was für die Daseinsvorsorge wirklich notwendig ist, damit man diese Infrastrukturen in einer guten Qualität sicherstellen könne.

Das Tagungsprogramm 2014 sei in zwei Schwerpunkte aufgeteilt: Einerseits der Schwerpunkt ‘weniger ist mehr_multifunktionale Infrastrukturen‘, andererseits auf den soziologischen Aspekt im Sinne von ‚weniger ist mehr_miteinander‘. Paßlick kam kurz auf die gegenwärtige Mitgliederzahl des Netzwerk Innenstadt NRW zu sprechen. Derzeit habe es 80

Mitglieder.Erfreut begrüßte er die 2013 hinzugekommenen Mitgliedsstädte Drensteinfurt, Duisburg, Emmerich, Kreuztal, Remscheid und Straelen und die Neuaufnahmen 2014 Neuenkirchen und Velbert.

Die zentrale Frage der Tagung Innenstadt lautet: Wie gestalten sich Qualitäten in unseren Innenstädten, wenn wir zukünftig Wachstum in der einen Region prognostizieren und es gleichzeitig mit Schrumpfungsprozessen an anderen Stellen zu tun haben?

Abschließend wies Paßlick auf die sogenannte „Twitter-Wall“ hin, mittels der die Fragen des Publikums durch den Kurznachrichtendienst Twitter an die Präsentationsleinwand projiziert würden. Er merkte augenzwinkernd an, dass es aufgrund dieser Twitter-Wall „ausnahmsweise nicht als unhöflich“ angesehen werde, wenn das Publikum sich während der Vorträge mit ihren Smartphones beschäftige. Vielmehr sei das „ausdrücklich erwünscht“. Abschließend wünschte Paßlick den Gästen „vielfältige neue Anregungen – und dass wir unsere Städte ein bisschen fitter machen für die Zukunft“.

Ulrich Paßlick forderte die Teilnehmer der Tagung Innenstadt auf, sich vielfältig zu beteiligen, auch gerne mit Hilfe des Smartphones.

THEMA

„INNENSTÄDTE ZWISCHEN SCHRUMPFUNG UND WACHSTUM. PROBLEME UND PERSPEKTIVEN."

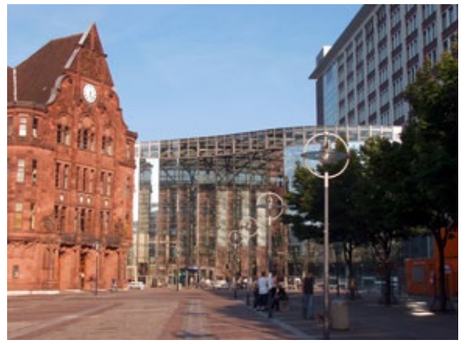
Prof. Dr. Helmuth Berking, TU Darmstadt, Institut für Soziologie

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

den Besucher, der zum ersten Mal eine Stadt betritt, zieht es unnachsichtig ins Zentrum. Dort, in der tatsächlichen oder vermeintlichen Mitte, in der alles sich bündelt und von der alles hinausführt, finden sich Orientierung und Form. Bebaute Umwelt, öffentliche Plätze, geschäftige Menschen gerinnen für einen kurzen Augen-Blick zum Standbild des Ganzen und es ist diese ‚location', die als identitätsverbürgender Kern im Meer urbaner Kontingenzen erscheint. Die ‚Mitte' fungiert nicht nur als Visitenkarte der Stadt, sie ist zugleich ein vorgefertigter Rahmen, ein Denk-Schema, mittels dessen Wahrnehmung und Wahrgenommenes bewertet werden. Hier findet die Erfahrung das Material und den Maßstab, sich in sekundenschnelle ein Bild zu machen, die Oberflächenstruktur als Gestalt zu begreifen, die dann den Zugang zur Stadt präfiguriert. Über das ‚Ganze der Stadt', ihre Atmosphäre und ihren Rhythmus, ihre stilprägenden Merkmale und Eigenheiten wird im Alltag und eben nicht nur von Fremden in der ‚Mitte' entschieden.

Innenstädte tragen diese Last der Erwartung. Sie sind nicht nur als multifunktionale Verdichtungsräume, sondern vor allem als lebensweltliche Ressourcen von besonderem Interesse: ausgezeichnete Orte, an denen sich Menschen jenseits von Klasse und Stand begegnen. Orte, an denen neue zivilisatorische Arrangements chancenreich werden oder auch nicht. Die Bestandsaufnahme der deutschen Innenstädte irgendwo zwischen Schrumpfung und Wachstum aber bleibt zwangsläufig zwiespältig. Nach der groben Skizzierung der aktuellen Strukturprobleme städtischer Transformation, mit denen Sie als Expertinnen und Experten bestens vertraut sind, gehen wir der Frage nach, welches die Bedingungen und Möglichkeiten sind, mit denen die Bewohner einer Stadt diese als ihre Stadt wahrnehmen und aktiv gestalten. Lässt sich die Stadt als Gemeingut, als Kollektivgut denken? Und wenn ja, welche Perspektiven, Handlungsmuster und Organisationsformen bieten sich an, um jenes optimistische „weniger ist mehr" Realität werden zu lassen?

Die Stichworte, die sich zu einem gigantischen Krisendiskurs auftürmen, sind hinlänglich bekannt: Ende des Wachstums, finaler Verbrauch der fossilen Ressourcen, Überschuldung der öffentlichen Hand, demografischer Wandel, ökologische Bestandssicherung und Klimawandel – Dynamiken, die sich wechselseitig verstärken und deren Effekte sich in den Städten und Regionen längst Ausdruck und Geltung verschafft haben. Wurde 1950, in Preisen von 2010, pro Kopf ein Bruttoinlandsprodukt von ca. 6.000 Euro erwirtschaftet, lag es 2010 mit ca. 31.000 Euro bei mehr als dem Fünffachen. Im gleichen Zeitraum freilich stieg die Pro-Kopf-Verschuldung von 1.000 Euro auf ca. 25.000 Euro, also viermal so schnell wie das BIP (Denkwerk Zukunft 2012, S. 17). Mit der Steigerung der Staatsquote in den 70er Jahren gerieten Einnahmen und Ausgaben völlig aus der Balance. Die Ausgabenstruktur der Kommunen zeigt, ebenso wie der Bundes- und die Landeshaushalte, ein exorbitantes Wachstum der monetären und sachbezogenen Sozialausgaben. Eine Ära, in der Wohlstand durch Wachstum und Schulden geschaffen wurde, kommt an ihr Ende. Doch die Erblasten sind erheblich.



Zum einen: die Überschuldung der Städte und Gemeinden, die deren Gestaltungsspielraum dramatisch einschränken. Allerdings zeigt sich bereits hier ein prinzipielles Dilemma. Jedes allgemeine Reden über die Stadt und die Städte läuft Gefahr, die Variationen und lokalen Besonderheiten vergessen zu machen. Immerhin ist jede sechste Kommune, also 2.400 Städte und Gemeinden, schuldenfrei – keine im Saarland, jede dritte in Schleswig Holstein. Interessanterweise sind dies in der Regel Kommunen mit kaum mehr als 5.000 Einwohnern (ebenda, S. 85). Zum anderen: Gestalt und Zustand der heutigen Innenstädte ist das Stein gewordene Ergebnis dieser exorbitanten Wohlstand-durch-Wachstum und Schulden-Dynamik. Stichworte sind: Technische Innovationen schaffen die Bedingungen für Suburbanisierung und Eigenheim-Phantasien im Grünen. Stadtentwicklung heißt für lange Zeit Ausdehnung in der Fläche mit den allzu bekannten Folgen infrastruktureller Kostenexplosion, Entmischung und Funktionsverlust, Verwahrlosung und Vermüllung der Innenstädte. Kommerzialisierung und Musealisierung leiten dann die kulturelle Wende des innerstädtischen Raumes ein – Einkaufsstraßen, bestückt mit den Ketten der üblichen Verdächtigen, Event-Center und Festivals jedweder Art überspielen die symbolische Leere der Mitte. Doch wie viele Museen verträgt eine Region? In welchem Verhältnis

Helmuth Berking bezeichnete die Mitte auch als einen vorgefertigten Rahmen, der ein Denk-Schema vorgibt und gleichfalls unterschiedlich wahrgenommen wird.

steht die nachfrageorientierte Kommerzialisierung zur Lebensqualität des Quartiers? Wer nach Geschäftsschluss durch die wunderbar restaurierte Altstadt von Meißen geht, lauscht verstört dem Widerhall seiner eigenen Schritte.

Traut man den jüngsten Beobachtungen, beginnt sich eine Bewegung zurück in die Kernstädte zu formieren: Re-Urbanisierung zwischen Wachstum und Schrumpfung. Während in Münster z. B. aktueller Wohnungsmangel herrscht, hat der Leerstand in Wittenberge an der Elbe längst bedrohliche Ausmaße erreicht. Schrumpfende Städte sind historisch nichts Neues, aber erst die Problematik der ostdeutschen Städte lässt das Thema, verstärkt durch den demografischen Wandel, scharf ins Relief treten. Allerdings hatten Städte wie Duisburg und Herne schon in den 90er Jahren bereits ein Fünftel ihrer Einwohner verloren. Schrumpfung suggeriert Umfangsverkleinerung und Konzentration. Tatsächlich aber ist genau dies der Gestaltungsauftrag der Städte und Gemeinden. Denn faktisch führen Bevölkerungsabnahme und brachfallende Flächen nicht zur Kontraktion von außen nach innen, sondern zur Perforierung des städtischen Raumes, zu Wunden und Löchern, deren Auftreten und deren Behandlung in entscheidendem Maße von der Frage nach dem Bodeneigentum bestimmt ist. Stadtumbau bedarf der Kooperation der Eigentümer (vgl. Oswald 2010). Doch Stadtumbau ist nur eine und zudem chancenreiche Herausforderung, um die Städte infrastrukturell, baulich und technisch zukunftsfähig zu machen. Viel bedeutsamer scheint es, die Abwärtsspirale auf den Arbeits- und Bildungsmärkten zu stoppen, denn es sind ja in der Regel die mobilen, jüngeren und gut qualifizierten Männer und Frauen, die einen Ausgang ins Offene suchen und so das Innovationspotenzial der Stadt mindern. Nimmt man die Projektionen der demografischen Entwicklung hinzu, hieße das, dass eine Stadt mit einer unterproporzionalen Geburtskohorte der 18- bis 30-Jährigen in der nächsten Generation noch einmal erhebliche Verluste zu gewärtigen hätte. Hiermit aufs Engste verknüpft ist die Notwendigkeit zur Stabilisierung der Sozialstruktur. Was in den Metropolregionen längst als factum brutum erscheint – die über Marktpreise gesteuerte Gentrifizierung der innenstädtischen Quartiere, die ganze Bevölkerungsgruppen, vor allem aber junge Familien, Migrationspopulationen, Alte und Rentner verdrängt –, lässt sich der Tendenz nach auch in schrumpfenden Städten beobachten.

Jedes dieser Probleme wäre es wert, im Detail und am Fall diskutiert zu werden, aber lenken wir die Aufmerksamkeit auf etwas anderes. Tun wir für einen Augenblick so, als hätten wir im Ideal der kompakten Stadt ein gemeinsames Ziel und als wären alle technischen und ingenieurswissenschaftlichen, alle architektonischen, planungs- und verwaltungsrechtlichen Modelle und Instrumente zur Erreichung dieses Zieles verfügbar, eine Annahme, die übrigens nicht

weit von der Realität entfernt ist. Welche Blockaden und Hemmnisse lassen sich dann für eine erfolgreiche Implementierung identifizieren? Mangelnde Finanzressourcen und ein diffuser politischer Gestaltungswille wären die einfachste Antwort. Doch das ist nicht alles. Fünf Merkmale, ließen sich aus dieser Gemengelage hervorheben:

1. Old habits die hard. Der Wohlstand durch Wachstum und Schulden-Paradigma bleibt aller gegenteiligen Rhetorik weiter in Kraft. Wachstumsbeschleunigungsgesetze auf der einen und die jüngsten Wohltaten staatlicher Daseinsfürsorge auf der anderen Seite folgen dem Mantra einer halbseitig gelähmten Marktrationalität aufs Wort.

2. Städte ‚agieren' wie Staaten im Kleinformat. Planungshoheit und Gestaltungsmacht sind in entscheidendem Maße durch die Exekution bundesstaatlicher Programme gerahmt. Auf allen Ebenen wird über die Probleme der Städte entschieden, werden juridische und technische Lösungen gesucht, nur in den Städten selbst, so hat man den Eindruck, bleibt das Ganze ein Feld der organisierten Interessen lokaler Eliten.

3. Alle konkurrieren ums Gleiche. Dass das Gefälle zwischen Wachstums- und Schrumpfungsregionen die Konkurrenz zwischen den Städten antreibt, steht außer Zweifel. Und wer kennt sie nicht, jene drei berühmten T's – technology, tolerance, talent –, die Richard Florida in die globale Umlaufbahn schoss. Wie auf ein geheimes Zeichen hin, sind nun alle damit beschäftigt, jene kreative Klasse zu entdecken, von der die Zukunft der Städte bestimmt werden soll. Die Botschaft ist unmissverständlich: Mit den richtigen Rezepten ist der Erfolg jeder Stadt machbar. Ein kurzer Blick auf das Stadtmarketing zeigt zwei bevorzugte Adressaten: Investoren und Touristen. Doch wenn alle das Gleiche wollen, lassen sich Distinktionsgewinne nicht mehr realisieren. Und wo, fragt man verdutzt, bleiben eigentlich die Bewohner?

4. Rezept- und Expertenwissen. Stadtentwicklungsdiskurse sind vor allem Expertendiskurse. Das ist gut so, aber Probleme ergeben sich aus den disziplinspezifischen Hintergrundannahmen und Forschungslogiken. Die völlige Konzentration auf stadtplanerische, verwaltungstechnische, rechtliche und ingenieurswissenschaftliche Lösungen vernachlässigt zwangsläufig die alltagspraktischen und lebensweltlichen Dimensionen, die dieser im Unterschied zu jener Stadt ihre besondere Sinnstruktur verleihen. Städte sind eben nicht nur bauliche Ensembles, technische Aggregate, Verwaltungsmaschinen etc., sondern höchst singuläre Vergesellschaftungsformen.

5. Der Bürger als Kunde. Im Zuge der expansiven staatlichen Daseinsvorsorge konnten sich eine Mentalität der freiwilligen Selbstentmächtigung und eine Erwartungshaltung verstetigen, deren schizophrene Struktur der Berliner Stadtplaner Dieter Hoffmann-Axthelm prägnant so beschreibt: „Als Bürger denkt man (…) auf Kosten des Staates sozial, als Privatmann hinterzieht man demselben Staat Steuern. Als Bürger / Citoyen ist man links, als Besitzindividualist / Bourgeois rechts. Als fordernder Bürger ist man (…) großzügig, als Gebührenzahler knauserig – nicht weil man es charakterlich wäre, sondern weil Öffentlichkeit nichts kosten darf und Verschwendung nur für private Zwecke denkbar ist" (2001 : 32). Motiviert nicht zuletzt durch die Selbstthematisierung der Kommunen als Dienstleistungsbetriebe, wiederholt sich diese Handlungsorientierung auch in den Städten. Vom Bürger als Kunden erwartet man nichts, außer dass er seine Gebühren bezahlt. Das tut weder den Kommunen noch ihren Bürgern gut und lässt nebenbei zentrale, für die Stadtentwicklung prägende Wissensbestände, das tacit knowledge der Einwohner, unter den Tisch fallen. Vor diesem Hintergrund drängen sich die Fragen nach Gemeinwohlorientierung und Handlungsalternativen geradezu auf. Wo sind die Akteursgruppen, denen man Gemeinwohlorientierung zurechnen könnte? Die

im Schatten staatlicher Leistungen expandierende professionelle Verwaltung, die langsam zum Selbstzweck zu werden droht? Die der fröhlichen Maximierung des Eigennutzes verpflichteten Besitzindividualisten? Die korporatistischen Verbände und Lobbygruppen? Sie alle haben, allerdings in einem strukturell und institutionell vollkommen veränderten Rahmen ihren Beitrag zu leisten. Betrachten wir zwei Perspektiven. Zum einen und in aller Kürze: ein forschungspragmatischer Zugang. Nicht länger in den Städten gesellschaftliche Probleme jedweder Art, sondern die Städte selbst erforschen, und diese im Unterschied zu jener Stadt in ihrer individuellen Gestalt zu erschließen. Ein solches Forschungsprogramm, das unter dem Titel: „die Eigenlogik der Städte“ von uns erprobt wird, nimmt das in der Alltagswelt so selbstverständliche Wissen, dass Emsdetten nicht Wanne-Eickel, und Liverpool nicht Duisburg ist, beim Wort und lässt sich von der starken Annahme leiten, dass jede Stadt in dem Zusammenspiel von kulturellen Traditionen, materialer Umwelt und räumlicher Form die ihr und nur ihr eigene symbolische Ordnung hervorbringt. Ein methodologischer Holismus, der die analytische Aufmerksamkeit auf „das Ganze der Stadt“ richtet, verhindert funktionalistische Kurzschlüsse. Nicht Armut in Bochum, sondern Bochumer Armut als die besonderen Modi, wie Armut in dieser Stadt gelebt, verwaltet, imaginiert, verachtet etc. wird, soll so in den Blick geraten. Städte sind keine unbeschriebenen Blätter, sondern je spezifische Sinnwelten für die einige Entwicklungspfade verträglicher sind als andere. Auf diese Weise, so zumindest die ersten Ergebnisse, lassen sich die Imaginationen, die Kulturen und Kompetenzen, die Wissensbestände und Praktiken zu typischen und prägenden Vorstellungen vom Ganzen der Stadt verdichten.

Die zweite Perspektive ist radikal, bricht sie doch mit den eingefahrenen Gewissheiten unserer Weltbildstruktur. Staat und Markt, Politik und Ökonomie, das sind die binären Strukturen zwischen denen unser Leben sich abspielt. Die Ökonomie beschwört die Rationalität des Marktes – doch sie können nicht in den Supermarkt gehen und für 20 Euro Vertrauen kaufen – und was der Markt nicht kann, muss der Staat übernehmen. Natürlich spielen Bürgerprotest und soziale Bewegungen eine wichtige Rolle. Die entscheidenden organisatorischen und institutionellen Fundamente für einen dritten Sektor aber rücken erst spät in den Horizont öffentlicher Aufmerksamkeit. Im Jahre 2009 gewinnt die Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom den Nobelpreis für Ökonomie und mit diesem Ereignis beginnt ein intensiver Diskurs über „the commons“, über Ressourcenmanagement und Gemeingüter. Die Forschungsergebnisse heben nicht nur das Modell des homo oeconomicus aus den Angeln. Sie zeigen vor allem, dass Kooperation wirkungsmächtiger als Konkurrenz ist. Im Zentrum aber steht ‚Selbstorganisation‘ und ihre institutionelle Verfassung. Die Transformation von Ressourcen in Gemeingüter setzt zwingend die Regulierung und Sanktionierung durch die Nutzer voraus. Ein Gemeingut wird durch diejenigen, die es kooperativ nutzen, erst hergestellt. Hätte das nicht auch für die Städte zu gelten? Lässt sich die Stadt als Gemeingut denken?

Angesichts des Tatbestandes, dass das Bodeneigentum in unseren Städten in erheblichem Ausmaß Privateigentum ist, scheint schon die Frage absurd. Ein dichtes Netzwerk organisierter Interessen – vom gefährdeten Einzelhandel bis zur Caritas macht im verrechtlichten Raum seine Ansprüche geltend. Selbstorganisation wohin man blickt, aber nicht der Nutzer. Was aber wäre, wenn z. B. die Innenstadtbewohner sich als Nutzer eines spezifischen sozialen Raumes verstünden, wenn sie realisierten, dass sie nicht nur höhere Bodenpreise und Mieten als die Peripheriebewohner zahlen, sondern deren Glück im Grünen bei Inkaufnahme eigener Nachteile an Lebensqualität auch noch subventionieren. Ließe sich dann nicht über die Verwendung der Pendlerpauschale zum Ausbau des städtischen Nahverkehrs oder der Parks trefflicher streiten? Würde eine sich selbst organisierende Grünflächen-AG nicht chancenreicher sein, einen lokalspezifischen Ausgleich zwischen Nutzen und Aufwand, zwischen Pflege und Wünschen zu realisieren? Zeigen das ‚Mietshäusersyndikat‘ oder der Boom der urbanen Gärten in Leipzig und Hamburg nicht die unausgeschöpften Potenziale von Selbstorganisation und Kooperation? Dies gilt vor allem auch für neue Planungs- und Finanzierungskonzepte, etwa der „Genossenschaft gemeinschaftliches Wohnen“ in Wiesbaden oder der Bürgerstadt AG in Berlin, die durch pooling der Ressourcen die Möglichkeit des Erwerbs von Wohneigentum in innerstädtischen Lagen für unterdurchschnittliche und mittlere Einkommen schaffen. Selbstorganisation impliziert weit mehr als jenes vielbeschworene bürgerschaftliche Engagement. Sie geht mit aktivem Handeln, mit veränderten Praktiken und Motivationen einher, an die die juridisch geregelte Partizipation der Bürger gar nicht heranreichen kann. Dass die Städte noch weit davon entfernt sind, als Gemeingut wahrgenommen und gelebt zu werden, ändert nichts an der Notwendigkeit, dass sich die Bewohner um die Pflege der Stadt, in der sie leben, auch jenseits und gegen den Paternalismus einer überbordenden Verwaltung selbst kümmern. Das Gemeingut-Konzept bietet hierzu vielversprechende Anregungen.

Innenstädte sind die Laboratorien der Zukunft. Hier werden, zumindest in Europa und aufgrund seiner polyzentrischen Stadtlandschaft, sicherlich in Deutschland die Weichen für eine nachhaltige Form dessen gestellt, was einmal als urbanity as a way of life bezeichnet wurde. Modelle des Scheiterns freilich lassen sich schon heute studieren. So sind Quartiere des innerstädtischen Londons längst zur Beute der Reichen und Schönen geworden: prächtige Ödnisse, in denen nur mehr das Wachpersonal und die Dienstboten ihren Pflichten nachgehen. Luxus-Brachen aber haben keine Zukunft. Zwei Anmerkungen noch zum Schluss. Zum einen: Bedingt durch den ökonomischen Strukturwandel hat sich die Routine- und Standardproduktion aus den funktionalen Abhängigkeiten der Kernstädte befreit, während die wissens- und kulturbasierte Ökonomie gerade auf verdichtete urbane Milieus angewiesen ist. Beides erhöht die Gestaltungsspielräume der städtischen Zentren, die nun systematisch nach ihrer Wohn- und Lebensqualität bewertet werden. Zum anderen: Dem Thema Innenstädte zwischen Schrumpfung und Wachstum haftet durchaus etwas Größenwahnsinniges an. Selbstverständlich lassen sich Querschnittsthemen identifizieren. Faktisch aber sind es die lokalen Bedingungen, alles das, was vor Ort der Fall ist, die über die Gestaltung der Zukunft entscheiden.

LEBENSWELTLICHE ASPEKTE EINER STADT

WIE WANDELBAR IST DIE INNENSTADT ?

Prof. Dr. Sabine Baumgart – TU Dortmund, Fakultät Raumplanung

Prof. Dr. Baumgart betonte zu Beginn, ihr gehe es in ihrem Vortrag um unterschiedliche Zugänge zur städtischen Wandelbarkeit, und schließlich um Gesundheitsförderung durch Stadtplanung als ein hochaktuelles Thema der Stadtentwicklung, auch im internationalen Kontext. Sie näherte sich dem Thema über die allgemeinen Rahmenbedingungen einer sich wandelnden Stadt und damit auch über ihre generelle Wandlungsfähigkeit. Hierbei spielen laut Baumgart „materielle Rahmenbedingungen ebenso eine Rolle wie auch die Frage nach Leitbildern". Leitbilder und materielle Themen seien wiederum eng verbunden „mit den lebensweltlichen Aspekten einer Stadt, mit dem demografischen Wandel, mit dem Einfluss des Klimawandels auf unsere Städte und einer generellen Anpassung daran".

An der Komplexität der zu beachtenden Stichworte und aktueller Phänomene für bauliche Maßnahmen in Städten wurde schnell deutlich: „Wachsende Städte, schrumpfende Regionen, die Heterogenisierung von Haushalten drückt sich auch aus in Reurbanisierungsprozessen, die genau zu dem Druck auf nutzbare Flächen führen." Hinzu kämen weitere Dezentralisierungsprozesse, unterschiedliche Interessen von vielfältigen Akteuren mit unterschiedlichen Handlungslogiken und Raumnutzungskonflikten, beispielsweise im Zusammenhang mit der Energiewende.

„Man sieht insbesondere in den größeren Städten die gewachsene sozialräumliche Segregation, die vielfach in stadträumlichen Konzentrationen zu Gemengelagen führe und wodurch für die Bevölkerung Mehrfachbelastungen entstehen." In aktuellen Mischnutzungskonzepten als geplante Gemengelagen müsse man aus Nutzungskonflikten lernen und darüber hinaus überlegen, „wie in den gewachsenen Strukturen eine attraktive Wohn- und Lebenswelt entstehen kann". Im Hinblick auf das Thema Gesundheit, also altersgerechter und barrierefreier Stadtplanung, stelle sich die Frage, „welche Flächen konkret in den Prozess einer aktiven Wiedernutzung oder Neunutzung eingebracht werden können". Der Investitionsbedarf für die Städte sei hierbei immens. „Nach Klaus Beckmann, dem ehemaligen Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, sind gut 50 Mrd. Euro Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden für den altengerechten und barrierefreien Umbau der Infrastruktur erforderlich."

Doch mit welchen Leitbildern habe man es eigentlich zu tun? „Wie gehen wir mit Risiken um, wie können wir Regenerationsfähigkeit auch als zentrale Aufgabe begreifen in einer urbanisierenden Welt?" Antworten lägen in dem viel diskutierten Begriff der Resilienz. „Es geht um die generelle Anpassungsfähigkeit von sozialen Gruppen, Systemen oder Gegenständen und um die Möglichkeit, wie man das, was man im Verwaltungshandeln oder als Privatperson tut, auch systematisch beobachtet." Es gehe darum zu lernen mit den Anforderungen umzugehen, widerstandsfähig zu bleiben und damit Stadtstrukturen wandelbar zu gestalten.

Als konkrete Beispiele nannte Frau Professorin Baumgart das Stadtentwicklungsprogramm Ibbenbüren und die Stadt Eutin, „wo die Ressourcen und Akteure mit ihren Potenzialen vorbildlich miteinander verknüpft worden sind". Die von der Stadtentwicklung Ibbenbüren ausgearbeiteten sieben Handlungsfelder mit 54 Oberzielen und 200 entwickelten Maßnahmen „verdeutlichen sehr gut die Komplexität der Planungen, die aber gleichzeitig auch eine sehr gute Grundlage für die Stadtentwicklung sind und die Wandelbarkeit einer Stadt abbilden". In Eutin zeige sich, „dass auch kleinteilige organisatorische Veränderungen zur Lebensqualität einer Stadt beitragen können, zum Beispiel durch die Verlagerung der Wertstoffcontainer oder durch die Anschaffung neuer Stadtmöbel".

Denn die Frage nach der Wandelbarkeit von Städten und Innenstädten sei auch eine Frage nach „Aufenthalts- und Stadtqualitäten". Mit Hinblick auf den demografischen Wandel sei zu fragen: „Wie könnte bewegungsfördernder Städtebau aussehen? Wie könnten Freiräume gestaltet werden und wie kann ich das nutzen, um Menschen gesünder zu machen, die Gesundheit der Menschen zu motivieren?".
Angesichts einer alternden Gesellschaft sollten Ziele und Maßnahmen zur Gesundheits- und Bewegungsförderung in die Konzepte für alltäglich genutzte Gebäude- und Freiraumstrukturen integriert werden. Einen Leitfaden hierfür, der gerade an die Rahmenbedingungen in NRW angepasst werde, komme aus Australien: „Healthy Urban Development Checklist. Hierin enthalten ist ein Prüfkatalog für Fragen nach den gesundheitlichen Auswirkungen von Strategien, Plänen und Vorhaben und wie diese verbessert werden

Die Güte des Werkes ist nicht abhängig vom Werkzeug, sondern von demjenigen, der das Werkzeug bedient.

können, um gesundheitliche Wirkungen zu ermöglichen." Ein „Fachplan Gesundheit" könnte zudem durch die räumliche Darstellung gesundheitsbezogener Aspekte Ziele und Handlungsbedarf vermitteln und so zur Gesundheitsförderung beitragen.

Insgesamt müsse das Thema der Gesundheit als Zustand völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens (Definition nach WHO) noch stärker in die Stadtentwicklung integriert werden und Planungen leiten. Denn: „Die anders geplante Stadt lebt von Ideen, sie lebt von Humankapital. Es geht um die Eröffnung von kreativen Räumen, in denen sich Menschen verwirklichen, sich die Stadt aneignen und hier auch experimentieren können."

Laut Professorin Sabine Baumgart sollte man Mischnutzungskonzepte planen und überlegen, wie in gewachsenen Strukturen eine attraktive Wohn- und Lebenswelt entstehen kann, die der Bewegungsförderung der Stadtbevölkerung dient.

BLOCK 1

WENIGER IST MEHR_MULTI-FUNKTIONALE INFRASTRUKTUR

Inhaltlich setzt sich dieser Themenblock mit Fragestellungen auseinander, die den infrastrukturellen und nachhaltigen Wandel in den Innenstädten beleuchten. Viele Kommunen stehen vor der Aufgabe, die funktionierenden und über lange Zeit gewachsenen Strukturen aufrechtzuerhalten. In der integrierten Stadtentwicklung rückt die Sicherung lokaler Infrastrukturen und damit die nachhaltige Bestandssicherung und -entwicklung der Quartiere in den Vordergrund, zu denen insbesondere die Innenstädte und historischen Ortskerne gehören. Dafür müssen alle zur Verfügung stehenden Kräfte lokal und regional gebündelt werden. Aspekte der Vernetzung, des Teilens und der gemeinsamen Nutzung werden eine zunehmende Rolle spielen.

Folgende Kernfragen stellten sich die Referenten mit ihren Fachvorträgen und Beispielen im ersten Themenblock:

- Wie kann die Multifunktionalität in den Innenstädten gestärkt werden?
- Wie sehen die Infrastrukturen von morgen aus?
- Was heißt in Zeiten knapper finanzieller Mittel die Konzentration auf das Wesentliche für die Daseinsvorsorge?

BLOCK 1

DIE NEUE INNENSTADT

ZWISCHEN ABRISS, INWERTSETZEN UND ERREICHBARKEIT

Axel Koschany, Koschany + Zimmer Architekten KZA

Vielfältige Beispiele zur zukünftigen Nutzung der Städte zeigte Axel Koschany aus Essen.

Axel Koschany fragte zu Beginn seines Beitrags nach dem Bezug zwischen der baulichen Gestaltung einer Innenstadt und ihrer Identifikationsfähigkeit seitens der Bürgerinnen und Bürger. In Essen sei vor etwa zwei Jahren etwas begonnen worden, „was aus meiner Sicht sehr spannend und für die Zukunftsfähigkeit der Stadt zugleich notwendig ist, nämlich die Herausarbeitung der Vision eines Entwicklungskonzeptes für die Stadt“. Im Rahmen dieser „Essen.2030“ genannten Konzeption habe es hochinteressante Bürgerbeteiligungen gegeben „über das Internet, über direkte Bürgerbefragungen vor Ort und quer durch alle nutzbaren Kanäle hindurch“. Daraus haben sich für die Vision „Essen.2030“, deren endgültige Formulierung sich noch im Prozess befinde, wichtige Erkenntnisse und Hinweise ergeben.

Besonders interessant sei die Resonanz der Bürgerinnen und Bürger darüber gewesen, welche Bedeutung die Innenstadt für ihren Wohnort habe. In Essen sei die Struktur „eher polyzentrisch, mit vielen starken Stadtteilen, die sehr autark und für sich genommen sehr lebendig sind. Dennoch ist für viele Bewohner die Innenstadt ein wichtiger Ort, um sich mit ihrer Stadt zu identifizieren“. Aus Sicht vieler Essener sei aber gerade diese Identifikation zurzeit problematisch. „Essens Innenstadt wurde im Krieg weitestgehend zerstört und ist zwar annähernd nach dem alten Stadtplan wieder aufgebaut worden, jedoch anders als beispielsweise Münster.“ Modernität sei damals mitunter falsch interpretiert worden, es fehlten Zeit und Geld und an manchen Stellen auch die Sensibilität, Altes zu bewahren und zu integrieren. „So ging der Charme der Innenstadt verloren."

Für Koschany ist es naheliegend, Bürgerinnen und Bürger aktiv aufzuklären und einzubinden. „Es ist Teil des Prozesses, ihnen zu vermitteln, dass eine Stadt nur zukunftsfähig bleibt, wenn sie lebenswert und attraktiv ist und für ihre Entwicklung eine Vision hat“. Stadt, Stadtverwaltung und Politik alleine könnten diese Entwicklung nicht stemmen. „Der Prozess kann nur erfolgreich sein, wenn Stadtgesellschaft und Wirtschaft ihn mittragen und wenn zugleich das Bürgerengagement deutlich aktiviert wird.“

Als Beispiel für eine mögliche Verbindung von „altem Charme“ und neuen Strukturen im Sinne einer Identifikation mit der Stadt nannte Koschany den „Römerberg“ in Frankfurt. Die erste Gebäudezeile sei in den 1980er Jahren als „Fachwerk-Fake“ nachgebaut worden – ein unter Architekten schon damals äußerst kontrovers diskutiertes Projekt. Nun geht Frankfurt einen Schritt weiter. Das Technische Rathaus aus den 70er Jahren soll abgerissen und durch einen Nachbau der historischen Altstadt ersetzt werden. „In Wettbewerben für jedes einzelne Haus hat man sich für Entwürfe entschieden, die ein Stück der alten Frankfurter mittelalterlichen Innenstadt wieder aufbauen – und das ist von den meisten Bürgerinnen und Bürgern sehr positiv aufgenommen worden.“ Die Frage nach der Gestaltung einer Innenstadt, ihrer Urbanität habe also auch immer mit Wohlfühlen zu tun. „Man kann davon ausgehen, dass die Stadt Frankfurt – was den Tourismus und die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt angeht – mit diesem Wiederaufbau ihrer Altstadt rund um den Römerberg einen großen Erfolg hat.“ Für den Architekten, der sich in der Verantwortung sieht, der modernen Stadt mit zeitgemäßer Architektur und Formensprache ihre Lebensqualität zu geben, bleiben solche historisierenden Konzepte kritisch zu hinterfragen.

Zur Verdeutlichung der umfassenden Planungen für eine städtebauliche Umnutzung verwies Koschany auf Essen-Altendorf, einen der ältesten Stadtteile Essens, der damals direkt um die Gussstahlfabrik von Krupp entstanden ist. Die Essener Wohnungsbaugesellschaft „Allbau AG", Eigentümerin mehrerer Immobilien an dem Standort, habe sich überlegt, was man mit einer Struktur machen kann, die von den Menschen kaum noch angenommen wird und immer mehr von Leerstand geprägt ist. „ Altendorf ist zudem in seiner sozialen Entwicklung nicht ganz einfach, und so hat es Diskussionen gegeben, wie der Stadtteil aufzufangen ist und welche Rolle dabei das Gebaute hat.“ Der Allbau hat sich mit Unterstützung der Stadt dafür entschieden, einen Teil der alten Gebäude abzureißen, auf der Fläche ehemaliger Kleingärten einen See anzulegen und deutlich weniger, dafür hochwertigere Wohnungen neu zu bauen als zuvor abgerissen worden waren.

Der Erfolg des mutigen Konzeptes zeige sich bereits in den Auswirkungen im unmittelbaren Umfeld. „Die direkten Nachbarn und Eigentümer fangen nun an, ihre Häuser zu sanieren und zu streichen.“ Die Aufwertung der neuen Bebauung wie ihres neu gestalteten Umfeldes „beginnt zu wirken“.

Auch die weiteren Beispiele Koschanys demonstrierten, mit welchen Überlegungen Städtebau transparent und zukunftsfähig gestaltet werden könne. Fragen, die dabei immer wieder aufkämen, seien u. a.: „Für wen entwickle ich meine Stadt, für welche Menschen möchte ich attraktiv sein? Welche Lebensstile, Lebensmodelle verbinden sich damit? Welche Qualitäten müssen dann die Räume aufweisen, die ich den Menschen anbiete?“ Immer mehr Menschen zieht es in die Städte, nicht immer ganz freiwillig. Koschanys Fazit: „Die Menschen wissen, dass das Leben in der Stadt sich von dem in ländlichen Strukturen unterscheidet. Mit einer Urbanität, die ein positives Lebensgefühl austrahlt, sind sie für die Stadt zu begeistern. Mit der Zeit werden sie Teil des Lebensgefühls und tragen so ihren Teil zur Zukunftsfähigkeit ihrer Stadt bei.“

BLOCK 1

TEILABRISS UND UMBAU DER EHEMALIGEN HERTIE-IMMOBILIE IN LÜNEN

Praxisbericht – Astrid Linn, Stadt Lünen, Städtische Oberbaurätin

Astrid Linn betonte eingangs, sie beabsichtigte, den Abriss der ehemaligen HERTIE-Immobilie „als Symbol für eine Verschönerung und wirtschaftliche Verbesserung der Innenstadt von Lünen darzustellen“. Sie zeigte eine Luftbildaufnahme, auf der das ehemalige HERTIE-Gebäude abgebildet war und bezeichnete es als „Narbe im mittlerweile sehr schönen Gesicht der Stadt Lünen“. Wenn alles nach Plan verlaufe, fange im Mai der Abriss an. Sie wolle aufzeigen, „wer an dieser Immobilienentwicklung beteiligt ist, wichtige Meilensteine benennen und von einigen Erfahrungen, die im Rahmen dieses umfangreichen Projekts gemacht wurden, berichten.

Der HERTIE-Umbau hat große Symbolkraft für die Innenstadtentwicklung.

Da Lünen die größte Stadt im Kreis Unna sei und die Oberzentren Dortmund und Münster nur 20 bzw. 45 Autominuten entfernt lägen, „muss man sich fragen, was die Stadt in Zukunft an Einzelhandel verträgt und wie sich die Innenstadt so attraktiv entwickeln kann, dass auch die zukünftigen Generationen dort gerne einkaufen, leben und sich aufhalten“. Durch die Fördermittel, die Lünen seit 2007 aus dem Programm „Stadtumbau West“ erhalte, habe man bis Anfang 2014 rund 6,5 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln in die Modernisierung der öffentlichen Räume investieren

Die unterschiedlichen Meinungen zur neuen Nutzung der HERTIE-Immobilie beschrieb Astrid Linn aus Lünen.

und über 50 Mio. private Investitionen ausstoßen können, welche man sowohl im Neubau, als auch in der Bestandsmodernisierung wiederfinde.

„Zur Halbzeit des Stadtumbaus“ habe eine Bürgerbefragung zum Image der Stadt ergeben, „dass wir auf einem sehr guten Weg sind“. Gleichzeitig habe es jedoch „immer wieder den Hinweis auf die HERTIE-Immobilie als größte städtebauliche Herausforderung im Stadtumbau gegeben“.

Es habe unterschiedliche Meinungen zur Nutzung der HERTIE-Immobilie gegeben, z. B. beabsichtigten einige, eine Mall zu entwickeln. „Aber da waren sich Politik und Verwaltung einig, dass das nicht der Lüner Weg ist.“ Daher habe man verschiedene andere Modelle geprüft. Zunächst sei eine Expertenwerkstatt für örtliche und externe Experten, wie Makler, Einzelhandelsfachleute und Immobilienexperten initiiert worden. „Die verschiedenen Denkmodelle und das ausgearbeitete Zielkonzept haben dazu geführt, dass der Lüner Weg eine zielgerichtete Immobilienentwicklung verfolgt und wir zusammen mit der Lüner Projektentwicklungsgesellschaft Uding ein tragfähiges Projekt realisieren konnten.“

Man habe mit den Akteuren vor Ort und den Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Werkstätten durchgeführt. „Mit öffentlicher Förderung ist es möglich gewesen, verschiedene Dinge zu klären, wie die Altlastensituation, die Wirtschaftlichkeit von Umbauten und die Erstellung eines Abrissgutachtens.“ Gekauft habe die Immobilie letztendlich der Bauverein zu Lünen, eine Wohnungsbaugenossenschaft, „die mit einem Bestand von über 5.000 Mietwohnungen sehr bedeutend für die Stadt ist und dort auch andere Immobilien wie Kindergärten, das Bahnhofsgebäude und das Rathaus besitzt“.

Astrid Linn beschrieb, dass von dem ehemaligen „HERTIE-Koloss“ nur noch eine kleine Verkaufsfläche von 700 Quadratmetern in bester Lage am Marktplatz erhalten bleibt. Den größten Teil der Nutzfläche der Immobilie machen in Zukunft die „hochwertigen urbanen Stadtwohnungen aus, die dort entstehen“. Das Erdgeschoss werde teilweise für Gastronomie genutzt, „der Rest wird belichtet über die Dachterrasse und als Bürofläche genutzt “.

Abschließend bekräftigte Linn, dass man in Lünen das Motto „Weniger ist mehr“ wörtlich nehme. Man habe für das HERTIE-Projekt etwa ein Drittel an Bausubstanz vom Markt genommen. „In der Summe haben wir unsere Innenstadt so aufgestellt, dass wir etwa 6.000 Quadratmeter weniger Verkaufsfläche haben – aber gleichzeitig die Sicherung von qualifiziertem Einzelhandel verfolgen“.

BLOCK 1

SMART CITIES – LIEGT UNSERE ZUKUNFT IN INTELLIGENTEN UND VERNETZTEN STÄDTEN?

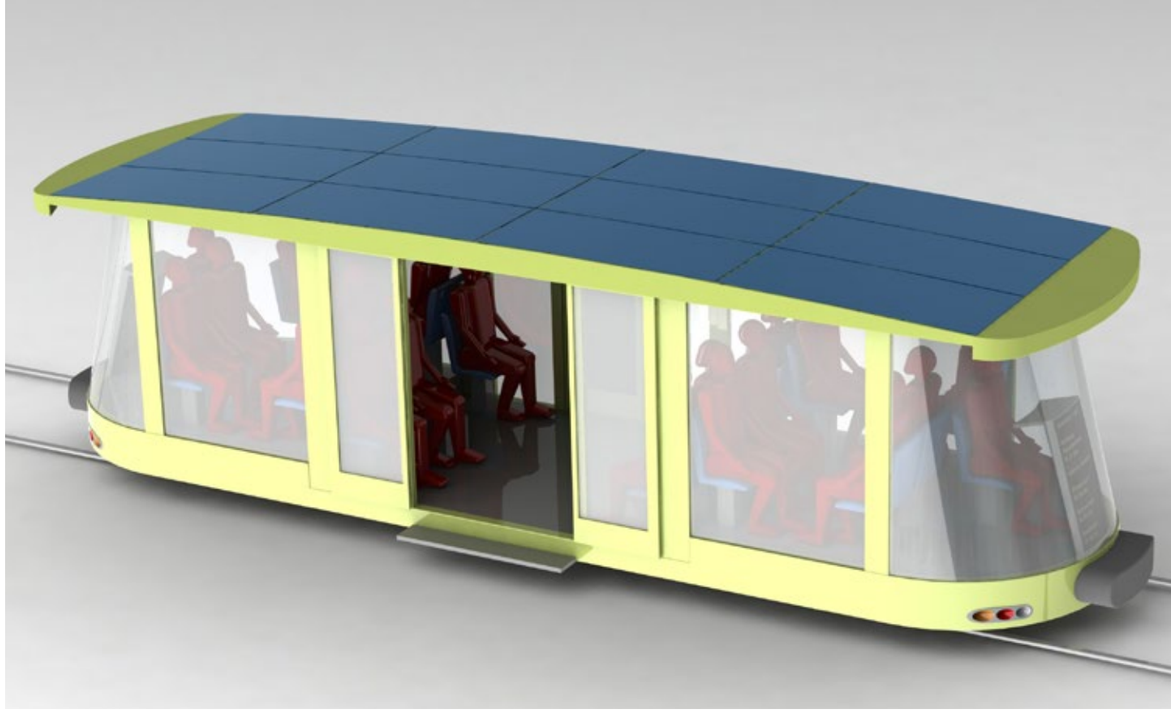
Praxisbericht – Dr. Dag Schulze, Klima-Bündnis, Frankfurt am Main

Dr. Dag Schulze betonte zu Beginn, er sei weniger als Vertreter des Klima-Bündnis e.V. anwesend als vielmehr in seiner Funktion als Vertreter des Bundesverbandes „Smart City“, dessen Gründungsmitglied er ist. Er wolle den Zuschauern das alte Vernetzungsmittel vorstellen, das viele der heutigen Probleme erzeuge: „Geld, Geldsystem und das Internet“.

Die Ausgangslage seines Vortrages seien die zentralen Herausforderungen für Städte im 21. Jahrhundert. Eine dieser Herausforderungen sei der „anthropogene Klimawandel“. Darüber hinaus gehe es um „die Verkehrswende, die Finanz-, Schulden und Wachstumskrise, die Dynamik von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen, die wachsende Ungleichverteilung, den ökonomischen Wandel, Lebensstile, die Steigerung der Diversität sowie die Demokratie- und Partizipationskrise“.

Schulze erläuterte, welche Chancen die Informations- und Kommunikationstechnologie biete. Es sei nicht nur zu verhindern, „dass ein Benutzer ein Instrument falsch nutzt, sondern vielmehr darauf zu achten, dass der Benutzer das richtige Instrument für den richtigen Zweck auswählt“. Ein Lösungsansatz besage laut Schulze, dass in „einem fair gestalteten Informationszeitalter das globale Wissen gleich verteilt und im lokalen Kontext angewendet“ werde. „Global denken – lokal Handeln“ hieße hier die Devise.

Weiterhin erklärte er, dass das konventionelle Geld- und Finanzsystem Zentralstrukturen fördere. „Da der Zugang dazu fast ausschließlich über Banken durch Kredite möglich ist, gerät man dadurch schnell in die Schuldenfalle.“ Es gebe einen leichteren Zugang für Großkonzerne, „zum Teil sogar über eigene Banken“, während Kleinunternehmen vor großen Zugangshürden stünden, „da Banken größere Kredite gegenüber kleineren wegen der höheren Gewinnmarge bevorzugen“.



Ein Lösungsansatz sei die Nutzung von „Komplementärwährungen“. Dadurch könne sich jede natürliche Person dem Gleichgewichtsgeld anschließen. Zur Umweltschonung und für die Entlastung der Städte könnte das Car-Sharing vermehrt genutzt werden. Neben professionellen Anbietern, die teilweise auch Angebote für Kurzstreckenfahrten ähnlich wie bei städtischen Fahrradmietsystemen machen, gibt es inzwischen auch eine Reihe von Internetportalen für privates Car-Sharing.

Fahrradmietsysteme seien bisher vor allem werbefinanziert und nur in Zentren von größeren Städten zu finden. „Ein solidarisches Fahrradverleihsystem biete hingegen neue Chancen: Der Aufbau ist auch in kleinen Kommunen und an Stadträndern möglich.“ Die Finanzierung erfolge durch Bürgerinnen und Bürger. Auch „SolarTrams“, also Straßenbahnen mit Solarantrieb, böten laut Schulze viele Vorteile: „geringe Betriebskosten, niedrige Infrastrukturkosten, verschleißarme Nutzung vorhandener Infrastrukturen, kostengünstiger Gleisneubau, hohe Energieeffizienz, flexible Anpassung an Nachfrage durch Zugbildung.“

Zur Umweltschonung und für die Entlastung der Städte könnte das Car-Sharing vermehrt genutzt werden, so Dag Schulze.

BLOCK 1

INTERVIEW

WENIGER UND MEHR!

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Michael Groschek benannte gleich zu Beginn des Interviews einen deutlichen Schwerpunkt künftiger Stadtentwicklung: „Wir brauchen auf jeden Fall eine Renaissance des Wohnens in der Innenstadt.“ Zu glauben, alleine der Handel würde Vitalität garantieren, sei eine Illusion. „Kreative, neue Ansätze werden benötigt, die gerade das Wohnen stärken und nichtstörendes Gewerbe und Dienstleistungen in die Innenstädte holen.“ In einer älter werdenden Gesellschaft sei es deshalb auch naheliegend, „zu überlegen, wie man Krankenhaus- und Hospitalfilialen in die Innenstadt bekommt und wie Gesundheitsdienstleistungen auch zu einem Markenzeichen gemacht werden können“. Groschek fragte darüber hinaus: „Wie kann ich Kulturangebote dort konzentrieren, wo die Menschen in Zukunft sowieso lieber leben werden?“

Es ist beabsichtigt die „bewährten Förderschienen“ weiter zu unterstützen und, „andererseits aber auch ganz neue Instrumente“ einzusetzen. In NRW wird die Städtebauförderung mit der Wohnraumförderung verknüpft. „Das Ministerium lädt dazu ein, sowohl die Städtebau- als auch die Wohnraumförderung mit

Stadt- und Stadtteilentwicklung muss nach Minister Groschek als Quartiersentwicklung begriffen werden.

ihren Instrumenten der Quartiersförderung zu nutzen.“ Für die Wohnraumförderung stehen jährlich 800 Millionen Euro Landesmittel zur Verfügung, erweitert um Tilgungsnachlässe. „Hiermit wird neues Wohnen an alten Standorten gefördert“. Das Städtebauförderungsministerium ist gleichzeitig sehr daran interessiert, „dass kommunale und öffentliche Gebäude mit Mitteln der Städtebauförderung umgestaltet, energetisch saniert oder barrierefrei gestaltet werden und so zu echten Häusern der offenen Tür werden können“. Zugleich müsse darauf geachtet werden, „dass eine funktionstüchtige, wachsende Innenstadt nicht auf einmal zu einem Luxuswohnghetto“ werde. „Soziale Mischung ist eine Pflicht, und deshalb muss auch das Ziel von Förderinstrumentarien sein, eine soziale Balance zu schaffen, mit attraktiver Städtebauförderung und attraktiverer Wohnraumförderung.“

Die Rolle des Landes NRW in der Mittlerrolle zwischen Kommunen und Bund sieht Groschek dabei positiv: „Durch die Aufstockung der Bundesmittel in der Städtebauförderung kehren wir zu den alten Spielräumen zurück. Aufgabe des Landes ist es nun, einerseits die Kofinanzierung sicherzustellen, andererseits allen Kommunen eine Teilnahme zu ermöglichen.“ Groschek sieht das Land in einer wichtigen Rolle,

„Soziale Mischung ist eine Pflicht, und deshalb muss auch das Ziel von Förderinstrumentarien sein, eine soziale Balance zu schaffen, mit attraktiver Städtebauförderung und attraktiverer Wohnraumförderung.“

„gerade auch weil das neue Bundesbauministerium als Städtebauministerium dem Beispiel des Landes folgen wird, Stadt- und Stadtteilentwicklung vor allem als Quartiersentwicklung zu begreifen“. Da viele Kommunen unter einem Sanierungsstau leiden – „was Infrastruktur, Verkehr und Kanal- und Brückenbau angeht“ – läge der Fokus der Förderprogramme auf der Bestandserneuerung. „Mit langjährig garantierten Förderungenzeigen Land und Bund, wie ernst sie die Zukunft der Städte nehmen.“

Anne Legat interviewte Michael Groschek zu neuen Vorhaben des Landes.

„Ab in die Mitte! Die City-Offensive NRW“ 2014

PREISVERLEIHUNG IN STROETMANNS FABRIK IN EMSDETTEN.

Die Ausstrahlungskraft und Anziehungsfähigkeit, die eine Stadt auf auswärtige Besucher und ihre Kunden und Bürger ausübt, hängt eng mit ihrer Identität, aber auch ihren architektonischen, städtebaulichen und historischen Besonderheiten, ihrem gestalteten und geschichtlich gewachsenen Stadtbild zusammen. Bürgerinnen, Bürger und lokale City-Akteure, aber auch Stadt-Touristen und Innenstadt-Kunden gestalten diese Identität entscheidend mit. Eine wichtige Komponente ist dabei auch der Einzelhandels- und Gastronomiebesatz, der zur Stärkung des Profils beitragen kann. Deshalb stehen diese eng miteinander in Beziehung zu setzenden Thematiken im Jahr 2014 erneut im Fokus von „Ab in die Mitte! Die City-Offensive NRW“.

Folglich waren die teilnehmenden Städte aufgefordert, Projekte zu kreieren, die sich mit Stadtidentität(en) auseinandersetzen und sich im Spannungsfeld von Stadttourismus und Handel, Erlebnis und Wohlfühlen bewegen und diese Thematiken – wenn und wo möglich – miteinander in Beziehung setzen. Die siegreichen Städte haben sich dieser Herausforderung auf unterschiedliche Weise genähert. Andreas Breiing von der Akademie Virgultum Tympanum aus Münster skizzierte die verschiedenen Ansätze in einer kabarettistischen Laudatio unter dem Titel „mehr und weniger! Qualität, Multifunktionalität und Kooperation – Beispiele aus NRW“, bevor Minister Michael Groschek die Urkunden an die Vertreterinnen und Vertreter der Siegerkommunen des Landeswettbewerbs überreichte.

- In Altena leitet das Projekt „Altena- Fortschritt durch Wandel“ die Endphase des Entwicklungs- und Handlungskonzepts „Altena 2015“ (EHK) im Innenstadtquartier ein.

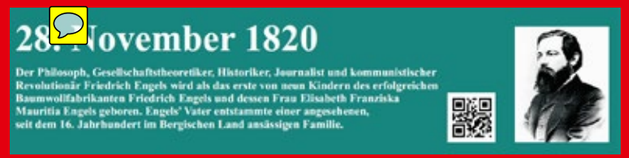
- Im Fokus des Projekts „100 % Bad Salzuflen“ stehen die Innenstadt von Bad Salzuflen (mit der teilweise bereits neu gestalteten Fußgängerzone), der historische Kurbereich und die Innenstadt von Schötmar.

- In Hamm spielt der Projekttitel „Echte Hammer“ bewusst mit der Doppeldeutigkeit. Gemeint sind diejenigen, die sich für Hamm in unterschiedlichster Weise konkret und nicht virtuell einsetzen.

- Das Projekt „Herdecke neu erleben!“ zielt auf die Bürgerinnen und Bürger und auf die Region. Die Stadt will sich gegen andere Standorte abgrenzen und eine gezielte Vermarktungsstrategie erarbeiten.

- „Herford – Stadt der starken Frauen“ widmet sich der Tatsache, dass viele starke Frauen die Geschichte Herfords geprägt haben, und stellt bei den Aktionen sowohl Frauen der Vergangenheit als auch Herfords Frauen von heute in den Mittelpunkt.

- „360° Heimat!“ in Monheim folgt der Monheimer Grundphilosophie zur Involvierung der Bürger über Anteilnahme und beteiligungsorientierte Projekte. Die Neugestaltung der Krischerstraße bildet dabei die inhaltliche Grundlage.



- Ein etabliertes Netzwerk aus Innenstadtakteuren befasst sich in Neuss unter dem Motto „Dornröschen wacht auf" mit den möglichen Zukunftsszenarien für die Neusser Innenstadt.

- Mit „Schräg drauf! Neuland für die Altstadt" will Siegen zeigen, dass neue Strukturen für eine Belebung der Oberstadt sorgen können und dass Alt und Neu sich ergänzen und positiv verstärken können.

- Das Projekt „Stadtlohn: Aufbruch Zukunft" soll die Identifikation der Bevölkerung und das Bewusstsein für Stadtentwicklung erhöhen – einerseits durch stadtgeschichtliche Hintergründe, andererseits durch Zukunftsimpulse in einem gemeinsamen konzeptionellen Rahmen.

- Den räumlichen Rahmen von „KunstwerkStadt – Wir machen Vlotho" bildet die Lange Straße, der verkehrsberuhigte Bereich der Innenstadt, in dem zahlreiche Geschäfte, Restaurants und Unternehmen ansässig sind.

- Im Rahmen des Projekts „Vreden im Wandel der Zeit – Identität durch Gemeinschaft" wird auf unterschiedliche Weise gezeigt, welche geschichtlichen Ereignisse Vreden und seine Bürger über die Jahrhunderte hinweg geprägt haben.

- „Barmens buntes Band" in Wuppertal knüpft an die traditionellen Bänder, die Qualitätsartikel mit Weltruf „Made in Barmen", an. Ziel ist, die identitätsstiftenden historischen Wurzeln freizulegen, um den Barmer Stadt(teil)stolz zu kräftigen.

„Ab in die Mitte" – Preisträgerstädte 2014

BLOCK 2

WENIGER IST MEHR_MITEINANDER

Im Rahmen der Sicherung der Daseinsvorsorge kommt es immer mehr auf das Miteinander an. Inhaltlich setzt sich dieser Themenblock mit dem Miteinander von Akteuren auf regionaler und kommunaler Ebene auseinander. Ressourcenschonende Maßnahmen lenken zunehmend den Blick über die kommunalen Grenzen hinaus. Auf lokaler Ebene sind die Wege der Partizipation vielseitig. Möglichkeiten der Motivation, Aktivierung, Beteiligung und Kooperation von Akteuren und Bürgerschaft sowie alternative Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten stehen im Blickpunkt der Betrachtung. Der Mehrwert von regionalen Kooperationsbündnissen liegt im mehr Miteinander statt Gegeneinander. Ziel sollte es sein, das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und zu fördern, um neue Potenziale der Innenstadtentwicklung zu erschließen und bestehende Lücken aufzufüllen.

Folgende Kernfragen stellten sich die Referenten im Rahmen ihrer Fachvorträge und Beispiele:

- Welche Rolle spielt Partizipation in Zukunft, um die innerstädtischen Funktionen zu sichern?
- Wie werden Partizipationsprozesse zukünftig gestaltet?
- Wie können Kommunen zusammenarbeiten, Akteure motiviert und Bürgerengagement gefördert werden?

BLOCK 2

PERSPEKTIVEN AUF DEM WEG IN EINE GESELLSCHAFT MIT BEZIEHUNGSKULTUR

Dr. Dirk Scheer, Universität Stuttgart

Dr. Dirk Scheer nahm sich in seinem Beitrag den Risiken urbanen Lebens und ihrer wissenschaftlichen Kategorisierung an. Gleichsam versuchte er, die Grundlagen für eine generelle Partizipation der Bürgerinnen und Bürger konzeptionell aufzuzeigen und darzustellen, „wie Beteiligung funktioniert, was die Grundlagen dafür sind."

Im Wesentlichen unterschied Scheer vier Grundlagen für Leben und Risiken in urbanen Räumen: Identität, Funktionalität, Sozietät und Nachhaltigkeit. Die konzeptionellen Einteilungen gliederten sich meist in zwei sich gegenüberstehende Bereiche. „So kann man im Bereich der Nachhaltigkeit zum Beispiel das Thema elektromagnetischer Strahlungen nach wissenschaftlicher Einschätzung als gesundheitlich unbedenklich bezeichnen." Andererseits gebe es auch Aussagen betroffener Bürger, „denen diese Strahlungen nach eigener Aussage Angst machten, was eine deutliche Unsicherheit aufzeigt".

Während in dem Sektor der Funktionalität vor allem Themen wie Infrastruktur und Versorgungsstrukturen subsummiert würden, beinhalte der Sektor Sozietät Themen wie Gentrifizierung und Polarisierung bestimmter sozialer Schichten. „Dies ist eine grundlegende Klassifizierung von möglichen Risiken, die sich auf eine Partizipation auswirken kann." Diese sei dann gefragt, „wenn man als Handlungsträger das Gefühl hat, etwas stimme nicht oder es zeigen sich bereits konkrete Konflikte im öffentlichen Raum". Es könne sich dabei um konkrete Problemlagen handeln, die sich direkt manifestieren, „etwa bei Lärm oder Schmutz im Wohngebiet oder implizite Problemlagen, zum Beispiel bei einer Pluralität von Wissensbeständen und Beurteilungskriterien". Andererseits stellte er die Frage, an welcher Stelle die Partizipation funktioniert und wann man zufrieden damit sein kann. „Klar bestimmen lässt sich Partizipation dann, wenn eine Akzeptanz gegenüber einem Vorhaben signalisiert wird."

Herausforderungen bestehen oftmals bei der konkreten Umsetzung. „Im Grunde sind es zwei zu beachtende Parameter: Inklusion und Exklusion." Bei der Inklusion müsse unter anderem geklärt werden, „wer für Entscheidung und Umsetzung hinzugezogen werden soll". Eine repräsentative Menge im Kontext des konkreten Projektes sei hier von Vorteil. „Exklusion setzt im Gegenzug eine faktische Grundlage als Maßgabe der Rahmenbedingungen fest mit einem Wettbewerb der Argumente." Als entscheidend bewertete er die Frage, wie über eine Entscheidung abgestimmt würde, „also per Mehrheitsentscheid oder Konsens". Für diese unterschiedlichen Bandbreiten „gibt es dementsprechend unterschiedliche Formate der Beteiligung".

Für den Moderator oder die Moderatoren eines Partizipationsprozesses nennt Scheer „Spielregeln", um den Verfahrensverlauf gut regeln zu können. „Neben einer neutralen Begleitung ist es vor allem wichtig, dass als Ziel Optionen gefunden werden, die von allen akzeptiert werden können." Dies könne nur durch eine Ergebnisoffenheit des Prozesses gewährleistet werden, „bei dem alle Informationen für die Beteiligten transparent zur Verfügung stehen und innerhalb eines realistischen Zeitrahmens das Ergebnis feststeht".

Abschließend wies Scheer darauf hin, „dass so ein Prozess kein Ersatz für eine repräsentative Demokratie ist, sondern als zusätzliche Bereicherung verstanden werden muss, durch die eine allgemeine, gleichmäßige Akzeptanz und damit auch die Partizipation selbst verbessert werden kann".

Wie Beteiligung funktioniert und was die Grundlagen sind, erläuterte Dr. Dirk Scheer.

BLOCK 2

ZWEI STÄDTE – EINE STRATEGIE! GELSENKIRCHEN-HERTEN

Praxisbericht – Dr. Babette Nieder, Stadt Herten, Beauftragte des Bürgermeisters für Energie und Innovation

Dass Kooperationen auch über Stadtgrenzen hinaus funktionieren, illustrierte Dr. Nieder, Beauftragte des Bürgermeisters für Energie und Innovation der Stadt Herten, anhand des gemeinsamen Projekts „Klimabündnis Gelsenkirchen-Herten e. V.“. Die Motivation für Kooperation ist aus ihrer Sicht klar: „Wir haben uns stärker lenken lassen von dem Lebensgefühl der Menschen und von der gemeinsamen Problemlage als von administrativen Strukturen.“ Beide Städte gehörten zu Montanstandorten und sind im Hinblick auf Klimaschutz einem stetigen Wandel unterworfen. Während in Gelsenkirchen die Solarstadt Ausgangspunkt war wird Herten durch das Wasserstoffzentrum geprägt. Nieder beschrieb den Kurs der Kooperation als sehr selbstbewusst: „Energie konnten wir schon immer, aber jetzt machen wir das eben fürs 21. Jahrhundert. Das ist eigentlich das Thema unserer Zusammenarbeit.“

Gelsenkirchen und Herten besaßen laut Nieder schon zuvor unabhängig voneinander Klimakonzepte. „Aber im Rahmen des Wettbewerbes ‚Innovation City Ruhr‘ des Initiativkreises Ruhrgebiet hat man zusammengefunden und einen gemeinsamen 5-Punkte-Plan entwickelt.“ Sie beschrieb einerseits Probleme in den Bereichen Barrierefreiheit und zu kleine Wohnräume, weshalb die Menschen aus den alten Zechenhäusern ziehen würden. „Auf der anderen Seite gehören diese Zechenhäuser und Gartenstädte jedoch zur Identität des Standortes, denn die Gartenstädte haben sich um die Bergwerke herum angesiedelt.“ Auf dieser Basis sei die Entscheidung getroffen worden, sich gemeinsam an der Gestaltung der Gartenstädte zu beteiligen.

Sie beschrieb den Wettbewerb zum Thema Zechenhaus. „Der Architektenwettbewerb hat das Ziel, kostengünstig zu sanieren, damit es in diesem Viertel

weiterhin möglich ist, in den Häusern zu bleiben und die Energie bezahlen zu können.“ Bei allen Anstrengungen sei jedoch klar: „Die Partizipation der Leute ist eine Pflicht.“ Deswegen habe man in Kooperation mit der VHS ein Programm zum Thema Klima und Energie aufgelegt, sowie zu Lebensqualität in Städten zum Thema „Grüne Stadt“.

Da die Quartiere über die Stadtgrenzen hinausgehen, wurde für den Bezirk ein Interkommunales Integriertes Handlungskonzept aufgestellt. „Dieses IIHK ist in verschiedene Richtungen qualifiziert worden, zum Beispiel mit einem Sanierungsmanager der Kreditanstalt für Wiederaufbau“. Ein zweiter Sanierungsmanager für den Bezirk sei beantragt; denn einerseits nehme man zur Verfügung stehende Fördergelder gerne mit, „andererseits ist es sinnvoll, aus jeder Stadt jeweils

„Dieses IIHK ist in verschiedene Richtungen qualifiziert worden, zum Beispiel mit einem Sanierungsmanager der Kreditanstalt für Wiederaufbau.“

einen Manager mit einem bestimmten Profil anzufragen, so dass sich beide Potenziale miteinander vereinen lassen“. Sowohl die KfW als auch die Landesregierung Düsseldorf hätten nach einigen Diskussionen den Anträgen zugestimmt. Die Familien fühlen sich historisch verbunden mit dem Standort, „auch wenn oder gerade weil viele damals nur deshalb hinzugezogen sind, weil es in dem Bergwerk Arbeit gab“. Nieder betonte in diesem Zusammenhang: „Wir können viele bescheidene Schritte machen, aber ich glaube trotzdem, man muss die Leute mitnehmen. Und heute befindet sich an diesem Ort der Sitz des Vereins, das Stadtteilbüro. Es ist wieder ein Anlaufpunkt für die Bevölkerung.“ Es sei wichtig, dass dieser Standort an den Stadtgrenzen wieder zu einem Mittelpunkt werde und sich die Menschen wieder zugehörig fühlen können. Zusätzlich solle es auch ein Ort werden, an dem sich Menschen mit unterschiedlichen Funktionen begegnen können. Mit den Worten: „Wir haben die Hoffnung, dass wir durch dieses gemeinsame Projekt auch noch einmal Kraft und wirtschaftliche Stärke finden, die dann auch unseren Innenstädten dienen werden.“

Dr. Babette Nieder erläuterte wie zwei Städte eine gemeinsame Strategie zur Schonung des Klimas entwickelt haben.

BLOCK 2

ZWISCHEN LEERSTAND UND URBANEN OASEN

Praxisbericht – Svenja Noltemeyer, Carlos Tobisch, Die Urbanisten e. V., Dortmund

Die Urbanisten bewegen sich mit ihren Quartiersansätzen zwischen Leerständen und grünen Oasen.

„Die Urbanisten e. V." ist ein in Dortmund ansässiger gemeinnütziger Verein, deren ehrenamtliche Mitglieder aus verschiedenen Berufsbereichen (u. a. Sozialpädagogik, Raumplanung, Informatik) kommen. Zu Beginn ihres Vortrages stellten die Raumplaner Carlos Tobisch und Svenja Noltemeyer sich und ihre Organisation vor und erklärten Aufgaben und Ziele. Noltemeyer hielt dabei den ersten Teil des Vortrages, Tobisch übernahm den zweiten Teil.

Noltemeyer erläuterte, dass sich die Urbanisten im Jahr 2010 mit dem Ziel gründeten, Freiräume neu zu entdecken, Lebensräume zu gestalten und Kulturräume gemeinsam zu beleben. „Unsere Entwicklung geht inzwischen immer mehr in Richtung professionelles Quartiersmanagement. Dabei sind wir in fünf Handlungsfeldern aktiv: Stadtentwicklung, Kunst und Kultur, Social Media, kreative Bildung, Wissenschaft und Forschung."

Die Projektarbeit beruhe auf der Handlungsmaxime: „Wir fördern das produktive Miteinander im Quartier, indem wir zuerst Unbekannte in einem Projekt vernetzen und das neue Netzwerk im Sinne des Projektes aktivieren. Damit schaffen wir ein Bewusstsein für den öffentlichen Raum und die eigenen Gestaltungsräume, die man darin hat und fördern somit die Verbesserung im Quartier." Beispiele für bisherige Projekte seien die Initiierung von Bürgergärten, die Gestaltung des öffentlichen Mobiliars oder die Nutzung von Leerständen zur gemeinnützigen Umstrukturierung.

Leerstand als Handlungsfeld sei interessant, „weil man weniger das Problem von Schrottimmobilien sieht, sondern die Chance erkennt, kreative Ideen in Räumen zu ermöglichen". Man sehe in den Ansiedlungen neuer Nutzungen in Innenstädten die große Chance, „dass die Unverwechselbarkeit und die Lebendigkeit, die diese neuen Nutzungen schaffen, auch ein

Garant für die Attraktivität der Städte sind". Noltemeyer nannte drei Beispiele für das Ruhrgebiet: „Alsenwohnzimmer Bochum", „Kultur im Turm Oberhausen" und „Union Gewerbehof Dortmund".

Beim Alsenwohnzimmer handele es sich um ein ehemals leeres Ladenlokal, das von ca. 500 Anwohnern finanziert und als Quartierswohnzimmer genutzt wird. Dort könne man sich treffen, gemeinsam kochen, die Kinder beschäftigen und Kulturevents organisieren. „Letztendlich haben wir da einen Mittelpunkt für ganz viele Personen im Quartier".

Bei „Kultur im Turm e. V." gehe es um ein Team kreativer Architekten, die es geschafft haben, „den leer stehenden Bahnhofsturm in Oberhausen zu einem Zentrum der Kunst und Kreativität zu wandeln". Dabei sei es gelungen, „trotz maroder Bausubstanz und einem der schwierigsten Eigentümer, die es in Deutschland gibt – der Deutschen Bahn – im Plan- und Kostenbudget zu bleiben". Dadurch könne man heute günstig die Räume an kreative Benutzergruppen vergeben und so einen Beitrag leisten, um neben dem Centro Oberhausen auch die Innenstadt wieder zu beleben und zu einem attraktiven Ort zu machen.

Der Union Gewerbehof schließlich sei aus einer Besetzung in den 80er Jahren entstanden. „Dort finanziert eine Genossenschaft den stetigen Ausbau des ehemaligen Industrieareals und bietet aktuell circa 100 Kreativunternehmen Platz." Die Genossenschaft kaufe immer mehr schwer vermittelbare Immobilien auch im Stadtumbau „Rheinische Straße" auf, um sie mithilfe von Projektpartnern umzunutzen und temporären wie permanenten Nutzung zuzuführen.

Im zweiten Teil des Urbanisten-Vortrages stand das Thema „Urban Gardening" im Fokus. Tobisch erklärte, dass der gemeinschaftliche städtische Gartenbau in deutschen Großstädten seit Mitte der 90er Jahre ein Trend sei, der aktuell circa 350 – 400 Projekte umfasse. „Wir haben internationale Vorbilder, zum Beispiel die Community Gardens in den USA oder die Revolucion Verde in Kuba." Während dort Nahrungsmittelknappheit und Finanznot der Hauptgrund für Urban Gardening seien, werde in Deutschland aus unterschiedlichen Gründen gemeinschaftlich gegärtnert. „Dabei wird jeder angesprochen, denn Ernährung betrifft alle Milieus, Altersklassen, Geschlechter und Kulturen."

Urban Gardening habe einen beachtlichen Mehrwert für alle Beteiligten: „Die Stadt wird als aktiv nutzbarer Lebensraum erkannt, die Natur erobert die Stadt, das Klima verbessert sich, Unorte verschwinden." Zudem werde öffentlicher Raum mit privatem Engagement gestaltet und entwickelt.

BLOCK 2

DIE GEISTERSTADT

Burkhard Spinnen, Schriftsteller aus Münster

Obwohl mein letzter Schulabschluss 25 Jahre zurückliegt, gehe ich momentan wieder zur Schule – zur Welpenschule. Und was ich dort in der letzten Stunde gelernt habe, gibt mir das Intro für die Gedanken, die ich Ihnen vortragen möchte. Unsere Hundetrainerin sagt nämlich, jeder Hund agiere nur aus zwei Beweggründen. Die sind: Gier – zum Beispiel nach Essen, Fortpflanzung und so weiter – und Angst. Wobei unsere Hundetrainerin meint, das Verhältnis sei ungefähr 1 zu 9, also 10 Prozent Gier, 90 Prozent Angst. Lerne ich zu verstehen, wovor der Hund Angst hat, sagt unsere Hundetrainerin, dann lerne ich den Hund zu verstehen.

Und jetzt frage ich Sie: Wovor haben Sie Angst? Wovor haben Sie so viel Angst, dass Sie eine Tagung wie diese organisieren? Ich weiß, Sie sprechen das ungern aus. Lieber reden Sie über die 10 Prozent Gier, die Sie antreiben, Verzeihung, ich meine: die 10 Prozent Hoffnung, Planungssicherheit, Projektsdesign, Zukunftsentwicklung, Vision usw. Unsere 90 Prozent Angst packen wir ja alle lieber in einen alten Koffer und stellen den in den Keller.

Ich habe jetzt für Ihre Angst (die sicher unser aller Angst ist) nach einem guten Namen gesucht, und dabei bin ich relativ schnell fündig geworden. Wenn die Leute aus Innenstädten fliehen, wenn eine Stadt gravierend Einwohner verliert, dann ist schnell die Rede von der, richtig!, „Geisterstadt“ .

Geisterstadt – was bedeutet das, und woher rührt die Angst davor? Schauen wir ruhig einmal dorthin, wo mit unseren Ängsten Geld gemacht wird, also ins Kino. Sie alle kennen diese postapokalyptischen Szenarien. Es gibt Hundert von Filmen, die von der negativen Attraktivität der entvölkerten Stadt zehren. Irgendeine globale, biologisch-chemisch-nukleare Katastrophe hat stattgefunden. Die meisten Menschen sind tot, der Müll türmt sich, die Städte sind eigentlich nur noch von Zombies bevölkert, deren einziges Ziel es ist, die wenigen Überlebenden zu fressen.

Zombies sind übrigens das Negativbild des Stadtbewohners. Sie bilden keine Gesellschaft mehr, sie hegen und pflegen nichts, sie konsumieren nur noch; konsumieren in der Urbedeutung von „vernichten“. Um einen lebendigen Menschen zu jagen, reißen sie ein ganzes Viertel ab. Zombies sind die Inbilder der Ent-Zivilisierung.

Und aus welcher Angst speisen sich diese Filme? Offenbar aus der Angst, dass uns eine biologisch-chemische oder eine nukleare Katastrophe drohen könnte. Wer sollte davor keine Angst haben? Spätestens seit dem

ersten Einsatz der Atombombe wissen wir, dass wir über technische Mittel verfügen, um den Planeten zu vernichten. Nun gut. Aber das daraus resultierende hollywoodübliche Katastrophenszenario ist wenig spezifisch. Ich denke, es hilft uns bei der Suche nach der Urangst vor der entvölkerten Stadt nicht so richtig weiter.

Ich bin daher auf meiner Suche nach den Wurzeln der Geisterstadt etwas weiter in die Geschichte zurückgegangen. Beziehungsweise, ich habe einfach bei Wikipedia nachgeschlagen. Geisterstädte sind, das steht dort, tatsächlich eine amerikanische Erfindung, aber nicht eine aus dem Hollywood des späten 20. Jahrhunderts. Die „Ghosttowns“ sind etwa hundert Jahre älter. Es sind die Städte, die buchstäblich aus dem Boden gestampft wurden, um einem einzigen Zweck zu dienen. Meistens beherbergten sie Goldsucher, es konnte aber auch um andere Bodenschätze oder um temporäre Arbeiten gehen wie die an den großen Eisenbahnlinien. All diese Städte waren so lange von Bedeutung, wie die Bodenschätze noch nicht ausgebeutet und die Trassen noch nicht verbunden waren. Sobald dies geschah, wurden sie aufgegeben.

Man kann heute Ghosttowns besichtigen, einige sind prächtig erhalten bzw. werden wunderbar gepflegt. Sie kennen das Bild, auch wenn Sie noch nie dort waren. Vom Wind getrieben laufen Dornbüsche quer über die Straße. Die Türen und Fensterläden schlagen, die Vorhänge wehen. Betreten Sie ein Haus, dann steht das Frühstück noch auf dem Tisch, und neben dem Teller liegt die Zeitung, die meldet, dass kein Gold mehr gefunden oder dass die letzte Lücke in der Eisenbahntrasse geschlossen wurde. Und sie können nachvollziehen, wie der Bewohner dieses Hauses sich noch während er diesen Artikel las gesagt hat, dass er hier nichts, aber auch gar nichts mehr zu suchen hat. Dann ist er aufgestanden, hat seinen Mantel und seinen Hut genommen und ist gegangen und nicht mehr wiedergekommen.

Und was hat das mit unserer Angst vor der Geisterstadt gleich um die Ecke zu tun? Nun, was für Städte waren die Ghosttowns? Es waren Städte ohne Geschichte, Städte, die auf einer einzigen Lebensgrundlage beruhten. Sie zehrten von einer, ich sage jetzt einmal: „temporären, ökonomisch implementierten Monokultur“. Das heißt, der „Grund“ für diese Städte hatte nur sehr wenig mit dem zu tun, was jahrhundertelang Menschen dazu bewogen hat, Ansiedlungen zu beginnen, auszubauen und zu pflegen. Es ging nicht um so dauerhafte Dinge wie Flüsse und Flussfuhrten, kreuzende Handelsstraßen oder (vor allem!) fruchtbare Böden, es ging nur um Gold, Kohle oder Schienen. Plötzlich waren diese Städte da, ohne dass sie sich in einer langen Geschichte hätten beweisen müssen.

Geschichte ist aber gerade das, was Städte dazu bringt, schwierige Wandlungen zu verschmerzen. Im Moment muss der ganze Ruhr-Raum den Umstand verschmerzen, dass eine dominierende Erwerbsquelle wegfällt. Viele Menschen beschäftigen sich jetzt damit, diesen Lebensraum auf andere Grundlagen zu stellen. Die das tun, tun es, weil sie sich sicher sind: das Wichtigste, das Nötigste wird uns doch bleiben. Das lehrt uns doch die lange Geschichte unserer Städte. Wir sind keine „One Trick Ponys“, wir sind überlebensfähige

Einheiten, deren Schwerpunkte sich in der Geschichte durchaus ändern können, ohne dass wir uns ganz verlieren.

Allerdings – stammt dieser Optimismus nicht vielleicht aus längst vergangenen Zeiten? Nämlich aus diesen langen Jahrtausenden, in denen eigentlich alle Menschen (und erst recht alle Dörfer und Städte) Selbstversorger waren. Wie lange hat es in der Menschheitsgeschichte gedauert, dass alle Menschen Bauern waren! Dass die Arbeitsteilung sich nur auf das engste Umfeld erstreckte. Was man brauchte, gab es nebenan. Doch dann kam die Technisierung. Bislang hatten alle und alles im Wesentlichen vom Wetter abgehangen; jetzt hing fast jeder von jemand anderem ab. Wir wurden spätestens im 19. Jahrhundert eine Gesellschaft von Abhängigen. Was freilich auch die Möglichkeit schuf, Ansiedlungen zu gründen, die alleine überhaupt nicht lebensfähig gewesen wären, weil sie auf einer einzigen ökonomischen Grundlage basierten.

Kennen sie Potosi? – in Bolivien, eine Stadt mit Silberbergbau, so hoch in den Anden, dass man nicht mal Lebensmittel anbauen könnte, wenn man wollte. Jahrzehnte lang ist diese Stadt vollständig von außen versorgt worden, zum Schluss sogar durch die Eisenbahn.

Wenn es aber diese Möglichkeit gibt, menschliche Ansiedlungen mit „künstlicher Ernährung“ zu betreiben, dann besteht auch immer die Gefahr, dass den Bewohnern plötzlich „der Himmel auf den Kopf fällt“, weil an einer einzigen ökonomischen Schraube gedreht, weil ein einziger Hebel im System umgelegt wurde. Das kann ganz anderswo passieren: Das Silber ist noch in den Bergwerken, aber der Weltmarktpreis fällt dramatisch – dann ist Potosi tot. Und wird eine Geisterstadt.

Und jetzt komme ich zum Punkt. Die Angst vor den Geisterstädten ist meines Erachtens eine Angst, die mittlerweile in uns allen steckt, die wir alle unseren eigenen Städten und unseren eigenen Ansiedlungen gegenüber hegen. Es ist die Angst, dass ALLE unsere Städte Geisterstädte in nuce oder auf Abruf sind. Denn alle unsere Städte versorgen sich nicht mehr selbst, sondern sind längst schon angewiesen auf ein komplexes Geflecht von Versorgern. Selbst die Bauerndörfer könnten nicht mal das schiere Überleben garantieren, denn der Dünger und die Ersatzteile für die Traktoren kommen aus Übersee, vom Strom ganz zu schweigen. Die Vernetzung ist absolut universell und global geworden. Das heißt, wenn irgendwo an einer Schraube gedreht wird, kann an einer anderen Stelle die Grundlage für menschliches Zusammenleben so ausgeschaltet werden wie am Klondike River, als man dort kein Gold mehr fand.

Ich glaube, unsere Angst davor, dass irgendwo eine Ladenstraße nicht mehr floriert, unsere Angst davor, dass bei der Pleite eines großen Kaufhauses nicht der nächste Global Player sofort auf der Matte steht – diese Angst wird ausgelöst durch das unbewusste, unterbewusste, sicherlich aber auch oft bewusste Wissen, dass alle unsere Lebensgemeinschaften nicht mehr aus sich selbst heraus lebensfähig sind, sondern von Faktoren abhängen, die wir nicht mehr kontrollieren. Die schlimmste Geisterstadt: Das ist die in unseren Köpfen!

Meine Damen und Herren, Sie haben Recht, wenn Sie Angst haben. Es gibt Gründe für diese Angst; und wir sollten uns nicht schämen, diese Angst auszusprechen. Das ist der erste Weg ihr zu begegnen.

Vielen Dank fürs Zuhören!

Burkhard Spinnen machte sich auf der Suche nach den Wurzeln der Geisterstadt und setzte sich damit auseinander welche menschlichen Ängste die Entscheidungen der Menschen beeinflussen.

TOUR 1-3

EXKURSIONEN

der Tagung Innenstadt 2014

TOUR 1

Ochtrup Zusammenspiel zwischen gewachsener Altstadt und FOC, stadtgestalterische Aufwertung bedeutender in-nerstädtischer Platzbereiche

Gronau IHEK 2014, Innenstadt-und Inselparkentwicklung

Enschede Aktionsprogramm zur Innenstadtentwicklung – Leerstand, Einzelhandel, Mobilität

TOUR 2

Münster Umnutzung der denkmalgeschützten Dreifaltigkeitskirche zum Wohn- und Gewerberau

Saerbeck Zukunftsenergien transparent gemacht – der Weg zur Klimakommune

Ibbenbüren Stadtentwicklungsprogramm mit Bürgerbeteiligung

TOUR 3

Münster Planungsprozesse der Konversionsfläche York-Kaserne, Städtebaulicher Wettbewerb und Bürgerbeteili- gungsprozess bei der Entwicklung

Rheine Innovationsquartier Bahnhof Rheine – ein Ort voller Möglichkeiten, Planungsprozess und Entwicklung der Ems-Galerie

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Netzwerk Innenstadt NRW
Geschäftsstelle
Schorlemerstraße 4
48143 Münster
www.innenstadt-nrw.de

mit Unterstützung des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

V.i.S.d.P.
Jens Imorde

REDAKTION
Barbara Thüer, Elisabeth Stricker, Christoph Hochbahn, Mathias Kolta

mit Unterstützung der redaktionisten, Dortmund

GESTALTUNG
Oktober Kommunikationsdesign GmbH, Bochum

Druck
Druckerei Schröerlücke, Ladbergen

BILDNACHWEIS
Ralf Emmerich, Münster für Netzwerk Innenstadt NRW, soweit nicht anders angegeben

„Ab in die Mitte!" Die City-Offensive NRW: S. 8, S. 9, S. 31, S. 41, S. 45
Agentur Pfiffikus, Altena: S. 17
Barbara Herrgott: S. 42, S. 43
Cäcilia Epkenhans-Hauer: S. 29
Guido Spars: S. 18
Henrik Freudenau: S. 47
Karl Ziegler: S. 35
Kresing GmbH, Münster: S. 26, S. 27
Netzwerk Innenstadt NRW:
Titel, S. 23, S. 33
NRW URBAN: S. 39
Münster Stadthafen: S. 21
plan zwei, Hannover: S. 25
Stadt Dortmund: S. 15
Stadt Gelsenkirchen: S. 13
Stadt Iserlohn: S. 15
Stadt Kempen: S. 37
Thomas Riesel: S. 49
vhw Berlin: S. 21

Münster, Juli 2013